

# Antrag D-1: Dringlichkeitsantrag an den SHT: Schalom(Frieden) & Huriya(Freiheit)

Laufende Nummer: 193

<b>Antragsteller:</b>	JU Pinneberg
<b>Status:</b>	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • Drückt dem Volk Israels ihr Mitgefühl für das Leid aus, das am und seit dem 7.  
2 Oktober 2023 geschehen ist,
- 3 • Bekennt sich zur Existenz des Staates Israel und dem Recht aller Einwohner, in  
4 diesem Staat frei und in Frieden zu leben,
- 5 • Verurteilt die menschenverachtenden Angriffe von Hamas, Hisbollah und Iran auf  
6 Israel, die verübt wurden und weiterhin verübt werden und die Verwendung von  
7 Zivilisten als "Schutzschild" durch die genannten Gruppen,
- 8 • Verurteilt den Bau von Tunneln und militärischen Anlagen in und unter zivilen  
9 Gebäuden im Gaza-Streifen und Libanon,
- 10 • Fordert die sofortige Freilassung aller durch Hamas und islamischen Dschihad  
11 entführten Geiseln,
- 12 • Erklärt, dass ein Vorgehen der Israelischen Sicherheitskräfte gegen die Hamas,  
13 Hisbollah und iranische Angriffe legitime Akte der Selbstverteidigung sind,
  - 14 • Israel uneingeschränkt zur Seite zu stehen und sich international für  
15 dessen individuelles Selbstverteidigungsrecht mit aller Konsequenz  
16 einzusetzen,
  - 17 • Israel mit allen Ressourcen auszustatten, die es zur Bekämpfung der  
18 Terroristen und zum Schutz der Bevölkerung benötigt, wozu auch militärische  
19 Güter gehören,
  - 20 • Sich dafür einzusetzen, dass die iranischen Revolutionsgarden auf die EU-  
21 Terrorliste gesetzt und sanktioniert werden,
  - 22 • auf internationaler Ebene an einer Unterbindung von Waffentransporten  
23 zwischen Iran und sowohl Russland als auch den Huthi zu arbeiten,
  - 24 • die Huthi-Rebellen insbesondere in Bezug auf anti-israelisch motivierte  
25 Angriffe u.a. auf den Seeverkehr in einer multinationalen Kooperation zu  
26 bekämpfen,
  - 27 • sich im Rahmen der Vereinten Nationen langfristig für den international  
28 sichergestellten Aufbau von „Staatsinfrastruktur“ in den zukünftigen  
29 palästinensischen Gebieten einzusetzen.
  - 30 • Auf diejenigen arabischen Staaten, die Beziehungen in die momentan  
31 umkämpften Gebiete und den Iran haben, einzuwirken, damit diese sich für  
32 ein Ende der Angriffe auf Israel einsetzen,
- 33 • Fordert, die international überwachte Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza  
34 und dem Süd-Libanon mit humanitären Gütern zu forcieren,
- 35 • Bekräftigt, dass ein Frieden im Nahen Osten dauerhaft nur ohne totalitäre,

36 terroristische Organisationen wie Hamas, Hisbollah und Al-Aqsa (Fatah) möglich  
37 ist,

- 38 • Fordert, dass – insbesondere in der Medienberichtserstattung – zwischen  
39 legitimer Kritik an der Politik der Israelischen Regierung und inakzeptabler  
40 Delegitimierung, Diffamierung und Dämonisierung Israels differenziert wird,
- 41 • Erklärt, dass Ziel der Staatengemeinschaft sein muss, auf Grundlage des  
42 geltenden Völkerrechts eine einen dauerhaften Frieden sichernde Lösung für die  
43 Gestaltung von Staats- bzw. Autonomiegebieten und Staatmacht gefunden werden  
44 muss, wozu auch eine Zwei-Staaten-Lösung gehört.
- 45 • Fordert, den Gazastreifen nach Beendigung der Kampfhandlungen bis zum Bestehen  
46 einer handlungsfähigen, rechtsstaatlichen, legitimierten und international  
47 anerkannten Regierung und Verwaltung unter Verwaltung durch die Vereinten  
48 Nationen zu stellen,
- 49 • Verurteilt jegliche Billigung von und Sympathiebekundungen für  
50 verbrecherische(r) Gewalt, die gegen Israel verübt wird,
- 51 • Fordert, dass Menschen, die in Deutschland zu Gast sind und sich an Bekundungen  
52 für Gewalt gegen Israel oder für die Auslöschung Israels beteiligen, sofort  
53 ausgewiesen werden,
- 54 • Fordert mit Blick auf Kundgebungen in Deutschland die rückhaltlose  
55 strafrechtliche Verfolgung von Taten insbesondere nach den §§ 86, 86a, 104, 126,  
56 129-131, 140 StGB.

57 Mit dem Pogrom vom 7. Oktober 2023 verübten islamistische Terroristen das größte  
58 Massaker an Juden seit dem Zweiten Weltkrieg. 1139 Menschenleben wurden an diesem Tag  
59 ausgelöscht, über 5000 Menschen wurden verletzt und fast 250 Menschen wurden von den  
60 Terroristen als Geiseln verschleppt. Videoaufnahmen zeigen, wie die Terroristen bei  
61 ihrer Rückkehr mit den misshandelten Geiseln nach Gaza von Teilen der Bevölkerung  
62 bejubelt werden.

63 In Folge dieser Ereignisse ist im Nahen Osten ein schwelender Konflikt  
64 wiederentfacht, der schon seit Jahrzehnten immer wieder zu Krieg, Zerstörung, Leid und  
65 Elend führt. Die ersten Reaktionen des Israelischen Staates richteten sich in erster  
66 Linie gegen die Hamas als Hauptakteur des Anschlags am 7. Oktober. Nach einigen  
67 Wochen mit Luftangriffen begann am 28. Oktober 2023 eine umfangreiche Bodenoffensive  
68 der Israelischen Streitkräfte, um die Hamas im Gazastreifen zu zerschlagen und die  
69 Geiseln zu befreien. Gleichzeitig begannen Hisbollah und Iran, ihre Luftangriffe auf  
70 zivile Israelische Ziele zu intensivieren. Seit Oktober 2024 bekämpft Israel auch im  
71 Süd-Libanon die Hisbollah mit Bodentruppen.

72 An dem Vorgehen Israels lässt sich einer der wesentlichen Unterschiede erkennen. Die  
73 Terroristen zielen mit ihren Angriffen auf Zivilisten, Schutzlose, Kinder. Die  
74 Israelischen Streitkräfte warnen und evakuieren die Zivilbevölkerung im umkämpften  
75 Gebiet – selbst dann, wenn dies zu Lasten des militärischen Erfolges geht.

76 Diese begangenen und immer noch stattfindenden Gräueltaten der islamistischen  
77 Terroristen verstoßen gegen jedes Gebot der Menschlichkeit und sind daher auf das  
78 Schärfste zu verurteilen. Mit ihrem Handeln kämpfen die selbsternannten  
79 Unabhängigkeitskämpfer nicht für ein freies Palästina, sondern morden auf Grund eines

80 verblendeten Weltbildes und suchen den Staat Israel zu zerstören, dies können und  
81 dürfen wir vor dem Hintergrund hart erkämpfter Werte in unserer Verantwortung nicht  
82 zulassen. Dies gilt auch für den Missbrauch von Menschen als Schutzschild in  
83 gewaltsamen Auseinandersetzungen durch die Anlage von Tunneln und militärischen  
84 Einrichtungen in und unter zivilen Gebäuden. Gleichzeitig trägt für die gefährdeten  
85 Menschenleben Verantwortung auch, wer diese Anlagen „in seinem Hinterhof“ zulässt.

86 Israel kann sich unserer unverbrüchlichen Freundschaft sicher sein und darf sich auf  
87 unseren Einsatz auch für sein legitimes Selbstverteidigungsrecht verlassen.

88 Die deutsche Unterstützung darf sich aber nicht in Beileidsbekundungen erschöpfen.  
89 Die deutsche Bundesregierung muss sich bei verschiedenen Aspekten auf der  
90 internationalen Bühne proaktiv einsetzen und Dinge vorantreiben. Dazu gehört, in  
91 Gremien hörbar das Wort zu erheben, wenn versucht wird, den Diskurs zu verzerren,  
92 wenn Rechtfertigungen für Terror vorgeschoben werden, wenn Gewalt relativiert wird  
93 und wenn den faulen Argumenten gegen den Staat Israel Vorschub geleistet wird. Dazu  
94 gehört, Israel mit allem auszustatten, das benötigt wird, um die Terrorvereinigungen  
95 zu zerschlagen und kriminelle Organisationen, wie die iranischen Revolutionsgarden,  
96 die diese Terrororganisationen unterstützen, zu sanktionieren. Dazu gehört auch, an  
97 den materiellen Voraussetzungen für eine langfristige Friedenslösung wie dem Aufbau  
98 von „Staatsinfrastruktur“ – Schulen, Sicherheitskräfte, Verwaltung, Straßen,  
99 Versorgungswege, Energieversorgung etc. – in den zukünftigen palästinensischen  
100 Gebieten zu arbeiten.

101 Kurzfristig muss in den umkämpften Gebieten eine Versorgung der Bevölkerung mit  
102 Nahrungsmitteln, Medizin, Kleidung usw. sichergestellt werden. Auch dies gebietet uns  
103 unser Verständnis vom Wert jedes Menschenlebens. Es wirkt darüber hinaus aber auch  
104 einer weiteren Radikalisierung entgegen.

105 Abseits der unmittelbaren Konfliktzone gibt es weitere Punkte, mit denen sich befasst  
106 werden muss: Zum einen müssen Anstrengungen der Staatengemeinschaft erfolgen um die  
107 Verschiebung von Waffen – insbesondere zwischen Iran und Russland und vom Iran zu den  
108 Huthi – die für mittel- und unmittelbare Angriffe auf Israel genutzt werden, zu  
109 unterbinden. Insbesondere im Golf von Aden und im Roten Meer muss die  
110 Staatengemeinschaft, sanktioniert durch die UN, weiterhin und forciert gegen jegliche  
111 Angriffe auf den Schiffsverkehr unter dem Vorschub der Solidarisierung mit den  
112 Feinden Israels vorgehen. Dazu gehören auch Präventiv- und Gegenschläge gegen  
113 militärische Einrichtungen der Huthi-Milizen.

114 Um sich auf den Weg zu einer dauerhaften Befriedung des so genannten Nah-Ost-  
115 Konflikts zu machen, ist entscheidend, differenziert auf die verschiedenen  
116 Konfliktquellen zu schauen. Klar ist, dass ein Frieden, in dem terroristische  
117 Gruppen, wie Hamas oder Hisbollah eine Rolle spielen sollen, kein nachhaltiger  
118 Frieden sein kann. Wer in seinem Manifest schreibt, dass die Auslöschung des  
119 Zionismus und die Etablierung einer absoluten islamischen Herrschaft einziger Weg zum  
120 allgegenwärtigen Frieden ist, kann nicht Teil einer Koexistenz werden.

121 Nicht zur Befriedung und Beilegung trägt auch bei, wenn beiderseits  
122 Argumentationsketten aus dem Altertum zu Bodenbesitz angeführt werden, um einen  
123 exklusiven Anspruch auf einen Flecken Erde zu begründen. Grundlage muss das geltende  
124 Völkerrecht sein, dem beide Seiten verpflichtet sind, was sich nicht zuletzt darin  
125 ausdrückt, dass sowohl Israel als auch Palästina schnell nach der Mitgliedschaft in

126 den Vereinten Nationen strebten. Unter Zurückstellung der eingefahrenen  
127 Argumentationsketten, man hätte sich gegenseitig das Land gestohlen, muss eine Lösung  
128 entwickelt werden, die im Sinne eines Zwei-Staatenkonzepts für beide Konfliktparteien  
129 Frieden sichert.

130 Dabei sind besonders die Staaten des arabischen Raums gefordert, ihren Einfluss auf  
131 die Gruppen in den umkämpften Gebieten für eine Beendigung der Kampfhandlungen und eine  
132 Auflösung terroristischer Gruppen einzusetzen.

133 Bis eine tragfähige Staatsorganisation in den zurzeit umkämpften Gebieten aufgebaut  
134 ist, sollte eine Verwaltung und Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen  
135 stattfinden. Dies würde den Forderungen im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs  
136 vom 19. Juli 2024 entgegenkommen, die Besetzung durch Israel zu beenden.

137 Die Auswirkungen des wiederentbrannten Konflikts in Nahen Osten treten aber auch in  
138 Europa und in Deutschland zu Tage. Natürlich dürfen und müssen in der Öffentlichkeit  
139 kritischer Diskurs und Debatte über die Geschehnisse stattfinden. Völlig indiskutabel  
140 sind allerdings Bedrohungen und Angriffe gegen hier lebende Juden und Kundgebungen,  
141 die Angriffe auf Israel feiern und zu Gewalt gegen Israelis gutheißen. Gegen solche  
142 Vorkommnisse muss der deutsche Staat mit aller Härte – insbesondere polizei- und  
143 strafrechtlich – vorgehen. Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die auf  
144 deutschen Straßen Hass propagieren und rassistische Gewalt verbreiten und billigen,  
145 sind unverzüglich auszuweisen.